

Konstruktive Gespräche mit SH-Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD über wichtige Themen für das Handwerk



Zu Besuch bei schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag.

In Berlin haben wir uns Ende März mit den Fraktionen von CDU und SPD zum jährlichen Gedankenaustausch getroffen. Aktuelle Themen standen in beiden Gesprächsrunden im Fokus, zum Beispiel:

Vermeidung von Diesel-Fahrverboten: Aus beiden Runden haben wir das Signal mitgenommen, dass – wie in den Medien nachzulesen war – Diesel-Fahrverbote zwar möglich sind, aber im Prinzip vermieden werden sollen. Wir sehen uns ein Stück weit in unserer Arbeit bestätigt, dass wir immer wieder darauf hingewiesen haben, dass Handwerksbetriebe nicht die Leidtragenden sein dürfen. Erst im Februar haben wir eine entsprechende Pressemitteilung versandt mit dem Titel „Mögliche Diesel-Fahrverbote existenzbedrohend“.

Erhalt des Meisterbriefs: Seit vielen Jahren kämpfen wir gemeinsam mit unseren Dachverbänden dafür, dass der Meisterbrief erhalten bleibt, weil wir in ihm ein wichtiges Merkmal von Qualitäts- und Zukunftssicherung sehen. Ausgezeichnete Handwerksarbeit muss geschützt werden – da ist der Meisterbrief mehr als nur ein adäquates Mittel. Zugleich fordern wir nach wie vor, insbesondere in Schleswig-Holstein, eine zusätzliche Förderung der Meisterausbildung. Die eigenen Bemühungen des Handwerks, so zum Beispiel durch die Verleihung von jährlichen Meisterstipendien an qualifizierte und motivierte Gesellen durch den Verein zur Förderung des schleswig-holsteinischen Handwerks, sprechen ebenso eine deutliche Sprache.

Einwanderungsgesetz: Die Integration von Flüchtlingen ist für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eine große Herausforderung. Wir im Handwerk stellen uns seit Jahren mit großem Engagement dieser Aufgabe. Die Handwerksorganisationen und die Betriebe stehen stets

bereit, motivierte Flüchtlinge zu qualifizieren und auszubilden. Damit leistet das Handwerk einen wichtigen Beitrag zu einer erfolgreichen Integration der Flüchtlinge in unserem Land. Trotzdem halten wir ein modernes Einwanderungsgesetz für erforderlich, um den Zuzug qualifizierter Fachkräfte zu steuern und zu fördern.

Sicherung der GrW Mittel: Aus Sicht des Handwerks ist die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GrW) ein Instrument, welches es unbedingt zu erhalten gilt. Die Förderung wichtiger Infrastrukturprojekte



Auch mit den Abgeordneten der SPD haben wir intensive und gute Gespräche geführt.

kommt Handwerksbetrieben oft nicht nur in Form von Aufträgen zugute, sondern sorgt auch für bessere öffentliche Arbeits- und Rahmenbedingungen. Trotz EU-Mindereinnahmen durch den Brexit und trotz aktuell hoher Steuereinnahmen dürften strukturschwache Bundesländer wie Schleswig-Holstein hier keine Benachteiligung erfahren.

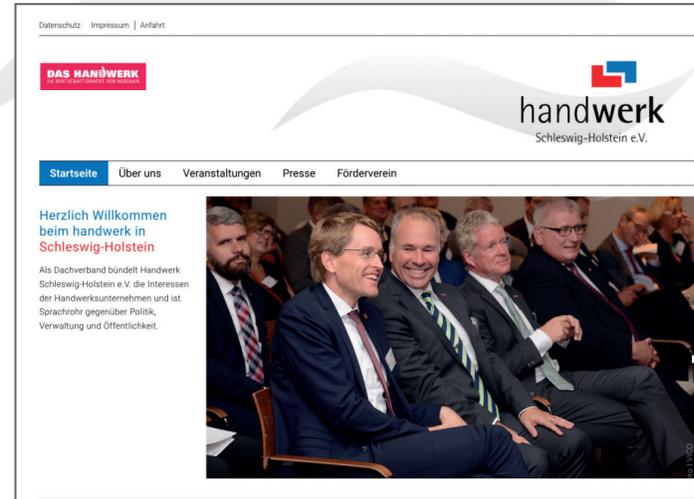
Ausbildungsvergütung Angesichts der von der Großen Koalition festgelegten Untergrenze für Ausbildungsvergütungen haben wir beiden Parteien noch einmal dargelegt, dass Ausbildungsvergütung und Lohn nicht in einen Topf geworfen werden dürfen. Die

Ausbildungsvergütung ist kein Lohn oder Gehalt, sondern ein Zuschuss zum Lebensunterhalt. In manch anderem Land wird eine Ausbildung sogar gar nicht entlohnt. Dazu kommen dann in Deutschland noch das Kindergeld und weitere soziale Förderungen. Azubis sind keine voll einsatzfähigen Arbeitskräfte, sondern sie lernen noch. Die Höhe der Ausbildungsvergütungen orientiert sich an der Leistungsfähigkeit der ausbildenden Betriebe und den steigenden Einsatzmöglichkeiten ihrer Auszubildenden. Hinzu kommen weitere Unterschiede. Je nach Region und Branche variieren die



Ausbildungsvergütungen deutlich. Eine generelle starre Untergrenze für Ausbildungsvergütungen würde deswegen dieser Vielfalt und den regionalen wie branchenüblichen Besonderheiten in keiner Weise gerecht. Deswegen kann nur ein branchenspezifischer Ansatz eine Lösung sein, über den die Sozialpartner entscheiden sollten und nicht die Bundesregierung – die Tarifautonomie darf auf diesem Weg nicht ausgehebelt werden. Um Auszubildende besser zu unterstützen, wäre das Azubi-Ticket eine Möglichkeit, ähnlich wie ein Semesterticket für Studierende. Zu diesen und vielen weiteren Themen haben wir uns mit den Abgeordneten darauf verständigt, im Gespräch zu bleiben.

www.handwerk.sh renoviert online



Mehr als zehn Jahre war sie im Netz – unsere bisherige Internetseite. Nun haben wir sie durch eine neue ersetzt. Klar, gradlinig, mobiloptimiert und mit der Möglichkeit ausgestattet, sie unkompliziert selbst zu pflegen. Mit zusätzlichen Inhalten, Standpunkten, News und mehr. Klicken Sie mal rein!

Im Gespräch mit der FDP



Gemeinsam mit den Handwerkskammern Flensburg und Lübeck haben wir uns mit der FDP-Fraktion im Kieler Landtag getroffen. Vor allem ging es bei diesem sehr konstruktiven Gespräch darum, wie wir gemeinsam Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel entwickeln, die Digitalisierung sowie den Bürokratieabbau voranbringen können. Gefreut hat uns die Aussage des Fraktionsvorsitzenden Chris-

topher Vogt, der sich für seine Fraktion und die Jamaika-Koalition den Vorrang der privaten Leistungserbringung betonte. Wir haben die Hoffnung, noch in diesem Jahr zu einer tragfähigen Lösung gemeinsam mit allen betroffenen Partnern zu kommen, um die erforderliche Klarstellung im Gemeindefinanzrecht (siehe dazu auch Seite 2 in diesem Handwerksbrief) zu erreichen.

Partner des Handwerks:



Handwerk Schleswig-Holstein e.V. • Vereinigung der Fachverbände und Kreishandwerkerschaften
Gablenzstraße 9 • 24114 Kiel • Fon 0431.98179-0 • Fax -22 • info@handwerk.sh • www.handwerk.sh
Gestaltung und Redaktion: www.joc-marketing.de, Heide

Mögliche Diesel-Fahrverbote existenzbedrohend für Handwerker

Das Urteil zu möglichen Diesel-Fahrverboten sehen wir höchst kritisch. Präsident Thorsten Freiberg kommentiert das Leipziger Urteil wie folgt: „Alle Baumaschinen laufen mit Diesel, und 80 bis 90 Prozent aller Handwerksfahrzeuge sind Dieselfahrzeuge. Wenn denen der Betrieb untersagt wird, ist das für die Betriebe existenzbedrohend!“ Er appelliert zum einen an die Autoindustrie, für Alternativen zu sorgen. Zum anderen an Städte und Kommunen, auf Fahrverbote zu verzichten. Freiberg weiter: „Bevor Fahrverbote verhängt werden, müssen vorher alle alternativen Maßnahmen voll ausgenutzt worden sein. Ein Fahrverbot kann wirklich nur die letzte Lösung sein.“ So fordert unser Verband den weiteren Ausbau von E-Mobilität und eine schadstoffreduzierende Verkehrsführung – etwa durch grüne Wellen, elektrisch oder mit Wasserstoff angetriebene Busse.

Es sei ein Witz, dass Dieselaautos mit Euro 5-Norm, die noch als Neufahrzeug erhältlich sind, Fahrverbote drohen. Freiberg: „Nur 18 Prozent der Dieselaautos auf unseren Straßen haben überhaupt die moderne Euro 6-Norm! Wenn Handwerker also vor zwei bis drei Jahren ihre Dieselaautos im treuen Glauben gekauft haben, dass sie diese über die gesamte Nutzungsdauer auch fahren zu können, sind sie im Prinzip betrogen worden.“

Und egal, was jetzt an Kosten entsteht – diese dürfen nicht auf den Schultern der Handwerker abgeladen werden. Freiberg: „Das Ziel muss im Sinne einer sauberen Umwelt und eines gesunden Klimaschutzes sein, weniger Schadstoffe auszustoßen. Deshalb sehen wir hier vor allem die Hersteller in der Pflicht. Wir fordern eine Nachrüstung von Hardware!“



Handwerksbrief 1/2018

Meisterstipendien vergeben. Meistergründungsprämie gefordert.

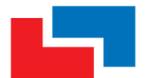


Hans Christian Langer (li.) und Landtagspräsident Klaus Schlie (re.) zeichnen (v. li.) Frederik Danklef Ketelsen, Julian Saß und Derya Aba mit dem Meisterstipendium aus.

Im Rahmen unseres Parlamentarischen Abends hat Vizepräsident Hans Christian Langner als Vorsitzender des Vereins zur Förderung des schleswig-holsteinischen Handwerks gleich drei jungen Handwerkern aus Schleswig-Holstein ein Meisterstipendium überreicht.

Langner sagte: „Mit dem Meisterstipendium wollen wir Gesellen unterstützen, die die volle Bandbreite der beruflichen Bildung nutzen wollen. Wir wollen diejenigen fördern, die für sich entschieden haben, nicht stehen zu bleiben, sondern sich mit dem Ziel des Meisterbriefes weiter zu qualifizieren.“ Als Handwerker wisse man, dass die Meisterausbildung ein langer und teurer Weg werden könne. Denn im Gegensatz zum Hochschulstudium, das vom Staat bezahlt werde, müsse der Meisterschüler seine Fortbildung aktuell noch komplett aus eigener Tasche bezahlen. Je

nach Gewerk und Meisterschule könnten da schnell fünfstelligen Beträge zusammen kommen. Langner begrüßte daher das Vorhaben der Jamaika-Koalition in Kiel, die Einführung einer Meistergründungsprämie zu prüfen. Im Beisein von Landtagspräsident Klaus Schlie lobte Langner das Engagement der Meisterstipendiaten. Derya Aba aus Kiel hat im Salon Haarglanz in Kiel das Friseurhandwerk gelernt und im vergangenen Jahr ihre Gesellenprüfung abgelegt. Sie war Innungsbeste in Kiel, Landessiegerin und hat Schleswig-Holstein beim Bun-



handwerk
Schleswig-Holstein e.V.

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

fast sechs Monate nach der Bundestagswahl war es höchste Zeit, dass Deutschland endlich wieder eine stabile, handlungsfähige und entscheidungsfähige Regierung bekommt. Es geht nun darum, rasch die in den vergangenen Monaten liegengelassenen Aufgaben anzupacken und wichtige Regierungsvorhaben umzusetzen.

Zu Recht wird das Zukunftsthema Bildung in der Koalitionsvereinbarung groß geschrieben. Wichtig ist hier vor allem die Stärkung der Beruflichen Bildung. Die Berufsorientierung sollte an allen Schulen verpflichtend stattfinden und die vielfältigen Chancen der Beruflichen Bildung aufzeigen.

Auf der anderen Seite fehlt es dem Koalitionsvertrag an der notwendigen Flexibilität und Erleichterungen für unsere Handwerksbetriebe. Stattdessen sieht sich das Handwerk weiteren Erschwernissen und höheren Belastungen gegenüber. Höhere Lohnzusatzkosten und regulatorischer Mehraufwand sind aber Gift für die deutsche Wirtschaft und vor allem für personalintensive Betriebe und Wettbewerbsfähigkeit.

Wir müssen die im Moment gute Wirtschaftslage nutzen, um die Voraussetzungen für langfristigen Erfolg zu schaffen. Dazu gehört es für uns, zum Beispiel auch die Steuerpolitik als Standortpolitik zu nutzen.

Ihr
Thorsten Freiberg

Thorsten Freiberg
Präsident Handwerk
Schleswig-Holstein e.V.



desentscheid in Erfurt vertreten. Ebenfalls unterstützt wird der Anlagenmechaniker Frederik Danklef Ketelsen aus Wyk auf Föhr, der bei Haus- und Alternativtechnik Olaf Ketelsen ausgebildet wurde. Dritter im Bunde ist schließlich der Kfz-Mechatroniker Julian Saß aus Rendsburg, der bei WH Autotechnik Haut seine Ausbildung absolviert hat. Alle drei haben in ihrer Ausbildung überdurchschnittliche Leistungen gezeigt und engagieren sich zudem über ihren Beruf hinaus ehrenamtlich in verschiedenen Bereichen.

Klaus Schlie hatte zuvor nicht nur die Bedeutung einer hochwertigen Handwerksausbildung hervorgehoben, sondern auch den Stellenwert des Handwerks in Wirtschaft und Gesellschaft. „Es ist mir wichtig, hier und bei anderen Gelegenheiten mit Ihnen im Dialog zu sein, denn Schleswig-Holstein lebt vom Mittelstand, insbesondere vom Handwerk“, sagte Schlie. So sei es Aufgabe von Politik und Verwaltung, sich stets zu fragen, wie man optimale Rahmenbedingungen schaffen könne, um die Wirtschaftskraft zu stärken.

Zum Meisterbrief und zu seinem Erhalt bekannte sich Schlie klar: „Nur so können wir hochqualifizierte Handwerksleistungen erwarten. Und im übrigen sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die persönliche Seligmachung nicht allein in Abitur und Studium zu finden ist!“ Uns und unsere Gästen an diesem Abend sprach er damit aus der Seele, denn ein Kernanliegen unserer Arbeit ist die Gleichstellung von Gesellen- und Meisterabschlüssen mit akademischen Graden. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ein großes Thema, wie Präsident Thorsten Freiberg seinen Kollegen Hans Christian Langner bestätigte: „Wir wollen niemandem zu nahe treten, aber es ist an der Zeit, die berufliche und die akademische Bildung auf eine gemeinsame Stufe zu stellen!“

Die Akademisierung Deutschlands dürfe nicht weiter voranschreiten, vielmehr brauche es auch in Wirtschaft und im Handwerk Anreize wie beispielsweise die bereits erwähnte Meistergründungsprämie. Freiberg: „Ich bin sehr dafür, dass Schleswig-Holstein hier nachzieht!“

Sollen Stadtwerke Leistungen eines SHK-Fachbetriebes anbieten dürfen?



Sorgen für Infos, locker präsentiert: Enno de Vries (HGF SHK-Handwerk, Foto links) und Christof Tatka (Geschäftsführer perfakto.SH e.V.).

In Schleswig – und mittlerweile auch andernorts – schlagen die Wellen hoch. Weil dort die Stadtwerke einen SHK-Betrieb übernommen haben, wird heiß diskutiert: Dürfen die das? Soll ein kommunaler Strom- und Gas-Lieferant wie ein Fachhandwerksbetrieb auftreten dürfen? In seinem Impulsreferat beim Parlamentarischen Abend beleuchtete Enno de Vries genau diese Situation.

Ein Kernargument: „Die finanziellen Möglichkeiten der Stadtwerke und ihre besondere Stellung in den Kommunen schließen einen fairen Wettbewerb im Regelfall aus – ein klarer Nachteil für jeden Handwerksbetrieb vor Ort!“ Dass Stadtwerke auch im Wettbewerb um Fachkräfte gegen den Handwerksbetrieb antreten, kommt hinzu. de Vries weiter: „Dass ein kommunaler Betrieb einen SHK-Betrieb übernimmt, stellt einen Eingriff des Staates in den Markt dar!“ Er appellierte an die anwesenden Vertreter aus dem Landtag, sich dem Thema Gemeindefachwerksrecht möglichst bald anzunehmen. Dies auch im Hinblick auf den Jamaika-Koalitionsvertrag, in dem es heißt: „Der Mittelstand und das Handwerk

bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Im Gemeindefachwerksrecht bekennen wir uns zum Vorrang der privaten Leistungserbringung und werden die Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen dahingehend weiterentwickeln, dass Handwerk und Mittelstand im Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden.“

Dem Thema „Stundensatz“ im Handwerk widmete sich Christof Tatka. Aktuell seien die Auftragsbücher im Handwerk überall voll – also viel Arbeit, viel Umsatz, viel Ertrag? „Nicht zwangsläufig!“, rechnete der Zahlenprofi vor. Wenn nämlich alle Faktoren zugrunde gelegt würden, die in einem Betrieb anfallen, bleibt dem Unternehmer ein Gewinn je Stunde von gerade mal 83 Cent. Tatka: „Für den Arbeitnehmer, AGA, Abwesenheit des Arbeitnehmers durch Urlaub oder Krankheit, für Handel und Verwaltung, für den Unternehmerlohn und die übrigen Kosten kommen wir in Summe schon auf 55,17 Euro, die ein Handwerker von seinem Kunden nehmen muss. Netto. Und damit gerade einmal kostendeckend arbeitet.“

Pilotprojekt der IKK Nord: Betriebliche Gesundheitsförderung jetzt digital

Alle wollen es, doch keiner hat Zeit dafür: Betriebliche Gesundheitsförderung wird gerade in Kleinbetrieben häufig vernachlässigt. Volle Auftragsbücher und hoher Termindruck sorgen insbesondere auch bei Handwerkern für zu wenig Prävention. Doch müssen in Zeiten der Digitalisierung auch Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) und Arbeitsschutz neu überdacht werden. Mit dem Projekt GESUNA werden neue Wege in Richtung Nachwuchsgewinnung und Attraktivität des Handwerks gegangen. Beim digitalen Zehnkampf in Kiel stellten IKK Nord-Vorstand Ralf Hermes und GESUNA-Projektleiterin Nadja Arp, Ziele und Inhalte vor. Wir haben die Veranstaltung begleitet, und unser Geschäftsführer Marcel Müller-Richter



Von links: Marcel Müller-Richter, Ralf Hermes und Nadja Arp. Foto: Sven Harder

„Als Unternehmer leisten Sie viel mehr als ein Zehnkämpfer – für Sie gibt es noch viel mehr Disziplinen im Alltag!“ bringt es Vorstand Ralf Hermes auf den Punkt. „Gesundheit geht immer vor, sonst geht gar nichts mehr – das gilt für Sie persönlich als auch für alle Mitarbeiter“ motiviert er die Handwerker. Doch wird betriebliche Gesundheitsförderung gerade in Kleinbetrieben häufig nicht ernst genug genommen und zu wenig Prävention betrieben. Auf der neuen Website www.gesuna.eu können ab sofort kostenfrei, örtlich und zeitlich flexibel Gesundheits- und Bewegungsangebote sowie Kurse für Arbeitssicherheit abgerufen werden. Wie das konkret funktioniert, erklärte Projektleiterin Nadja Arp beim digitalen Zehnkampf in Kiel anhand von zehn Stationen. Auf Einladung der IKK Nord und des

Handwerk Schleswig-Holstein e.V. zeigte sie die Probleme rund um Bewegung, Ernährung und Arbeitsschutz und bot passende, digitale Lösungen.

„Digital gut durchdachte Angebote können das Thema Gesundheit in Klein- und Kleinbetrieben verankern. Von einer Gesundheitsplattform wie GESUNA könnte das Handwerk in der Region und im ländlichen Raum profitieren. Mitarbeiter aus dem nicht-stationären Handwerk wie beispielsweise Dachdecker oder Bauarbeiter könnten ebenfalls schnell ins Bild gesetzt werden“, weiß Ralf Hermes. Er kann im Bereich der betrieblichen Gesundheit auf langjährige Erfahrung zurückblicken. „Immer mehr Betriebe investieren in die Gesundheit ihrer Mitarbeiter, aber es gibt noch Luft nach oben“, so Hermes. Schwierig werde es zudem für alle Beteiligten, Zugang in die Kleinbetriebe des Handwerks zu bekommen. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass das Thema Gesundheit Führungssache ist: Wenn die Spitze überzeugt ist, klappt es mit einer betrieblichen Gesundheitsförderung.“

Daher habe man vor über einem Jahr nach neuen Anreizen und Angeboten gesucht. Handwerk Schleswig-Holstein e.V. begrüßt den digitalen Zugang zur Gesundheit. Marcel Müller-Richter: „Unser gemeinsames Ziel ist es, noch mehr Unternehmen zu sensibilisieren, zu begeistern und sie erfolgreich in gemeinsame Aktivitäten einzubeziehen. Digitale Angebote schaffen einen schnellen Zugang in die Materie.“ GESUNA ist ein Gemeinschaftsprojekt der Kreishandwerkerschaft Rostock-Bad Doberan, IKK Nord sowie VIRTUS, Institut für Lehren und Lernen.

Gespräche in den Ministerien



Bei Ministerin Karin Prien: Thorsten Freiberg und Marcel Müller-Richter.

Die ersten Wochen des Jahres waren in unserer Verbandsarbeit geprägt von zahlreichen Gesprächsrunden. Gemeinsam mit den Handwerkskammern haben wir zum Beispiel Bildungsministerin Karin Prien (CDU) einen Besuch abgestattet. Neben handwerkspolitischen Fragen ging es hier insbesondere um die berufliche Bildung, Berufsorientierung auch an Gymnasien, die Aufwertung der Dualen Ausbildung und ihre Gleichstellung zur akademischen Bildung.

Bei Wirtschaftsminister Dr. Bernd Buchholz (FDP) standen naturgemäß der von uns geforderte Bürokratieabbau, der stets präsenten Fachkräftemangel, die Digitalisierung im Handwerk sowie der Prozess um das zukünftige Institut für die Berufliche Bildung (SHIBB) im Mittelpunkt. Beide Gesprächsrunden haben wir intensiv genutzt, um unsere Standpunkte deutlich zu machen und – wo möglich – in den Ministerien zu verankern.



Bei Minister Dr. Bernd Buchholz (re.).

Unsere Thesen und Forderungen zur Kommunalwahl am 6. Mai

Bis zur Kommunalwahl am 6. Mai sind es nur noch wenige Wochen, ja Tage. Die Kampagnen der Parteien und ihr Wahlkampf laufen im Endspurt auf Hochtouren. Zusammen mit unseren Mitgliedsorganisationen haben wir deshalb zehn handwerkspolitische Thesen zur Kommunalwahl entwickelt, die jedem (angehenden) Kommunalpolitiker als Orientierung dienen sollen, was für unser Handwerk in Schleswig-Holstein wichtig ist. Diese zehn Thesen wurden im Januar nach intensiver Beratung mit Fachleuten aus allen Gewerken aus ganz Schleswig-Holstein erarbeitet.

Die zehn Handwerks-Thesen in aller Kürze:

1. Dem Fachkräftemangel gemeinsam aktiv begegnen!
2. Die regionale Bildung stärken!
3. Schaffung klarer Regeln für die wirtschaftliche Betätigung von kommunalen Unternehmen!

4. Aufbau kommunaler Bündnisse gegen Schwarzarbeit nach dem Modell der Ermittlungsgruppe (EGS) von den Kreisen Ostholstein, Neumünster und Plön!
5. Schnellstmögliche Sicherstellung eines flächendeckenden Glasfaserstandards, damit die Chancen der Digitalisierung überall genutzt werden können!
6. Einsatz zusätzlicher Mittel für die Verbesserung kommunaler Straßen!
7. Sicherstellung der kommunalen Gesundheitsversorgung durch die Gesundheitshandwerke!
8. Mehr Gewerbeflächen in allen Kreisen und Städten durch Umwandlung und Ausweisung bereitstellen!
9. Verbindung des weiteren Bürokratieabbaus mit einer modernen Bau- und Vergabepolitik!
10. Keine Dieselelntwertung und gleichzeitig den Weg in die Zukunft mit einer flächendeckenden öffentlichen E-Ladeinfrastruktur bereiten!

Unsere Thesen haben wir auch den Parteien auf kommunaler Ebene zur Verfügung gestellt. So liegen unsere Schwerpunkte in den Thesen in den zusammenhängenden Bereichen Fachkräftemangel und Bildung sowie Infrastruktur, wobei hier sowohl der schnelle Breitbandausbau für optimale digitale Nutzungsmöglichkeiten, wie auch sanierte Straßen gehören. Wir würden uns freuen, wenn unsere Thesen von der Kommunalpolitik aufgegriffen werden würden und fordern unabhängig davon jeden Handwerker auf, am Sonntag, 6. Mai, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.



Foto: Tuerfepike, fotolia.com

Weniger Bürokratie für Bürger und Betriebe in der EU



Generalsekretär Holger Schwannecke

Zum Abstimmungsergebnis im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments über den Vorschlag zur Einführung einer elektronischen Dienstleistungskarte erklärte ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke:

„Die Ablehnung der elektronischen Dienstleistungskarte durch den federführenden Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments ist in der Sache völlig richtig. Das schafft mehr Akzeptanz für den EU-Binnenmarkt und ist ein klares Zeichen gegen die Einführung des Herkunftslandprinzips und die Schaffung unnötiger Doppelstrukturen.“

Der europäische Binnenmarkt als zentraler Bestandteil der europäischen Einigung lebt von verständlichen und nachvollziehbaren Regelungen. Das sieht offenkundig auch die Mehrheit der Europaabgeordneten so. Weniger Bürokratie für Bürger und Betriebe sowie schlanke und leistungsfähige Verwaltungsstrukturen in den Mitgliedstaaten sind das Ergebnis der Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis ist ein klares Signal an die EU-Kommission, ihren Vorschlag zurückzuziehen.“

